

FREIE WÄHLER Niedersachsen beraten Landtagswahlteilnahme

Die FREIEN WÄHLER in Niedersachsen diskutieren über eine Teilnahme an der Landtagswahl 2013. Auf einer Sitzung des Landesvorstandes in Hannover wurde dazu jetzt einmütig ein Fahrplan verabschiedet, der die Grundlagen einer erfolgreichen Kandidatur schaffen soll.

Die FREIEN WÄHLER, die sich als Netzwerk der örtlichen Wählergemeinschaften verstehen, bewerten das Abschneiden der Wählergruppen bei der Kommunalwahl 2011 als Erfolg. Die Wählergemeinschaften seien flächendeckend angetreten und errangen landesweit über 3.000 Mandate. In diesem Ergebnis sehen die FREIEN WÄHLER eine Ermutung, eine Teilnahme an der Landtagswahl zu erwägen.

Auf Vorschlag des Landesvorsitzenden Arno Ulrichs (Landkreis Aurich) soll zunächst mit einer repräsentativen Umfrage ermittelt werden, ob es bei den Wählern in Niedersachsen Raum für eine weitere landespolitische Gruppierung gibt und mit welchen Themen die Wählergemeinschaften ihre kommunale Kompetenz auf die Landesebene übertragen können.

In den ersten Monaten des Jahres 2012 sollen die Ergebnisse der Umfrage dann in einem Thesepapier des Landesvorstandes den Wählergemeinschaften in Niedersachsen zur Beratung zur Verfügung gestellt werden. Bis Ostern 2012 wollen die FREIEN WÄHLER schließlich in einer Urabstimmung über eine Landtagswahlteilnahme entscheiden.

FREIE WÄHLER Bayern

stimmen mit überwältigender Mehrheit für eine Bundestagsteilnahme

Auf der Landesdelegiertenversammlung des Landesverbandes und der Landeswählergruppe der FREIEN WÄHLER Bayern am 24.09.2011 in Geiselwind stimmten rund 80% der Delegierten für eine Teilnahme der FREIEN WÄHLER an der nächsten Bundestagswahl. Damit senden die bereits im Bayerischen Landtag vertretenen FREIEN WÄHLER ein deutliches Signal an die anderen Bundesländer.

"Die Vernunft hat sich durchgesetzt", sagte FREIEWÄHLER-Landeschef Hubert Aiwanger nach der Entscheidung der Nachrichtenagentur dpa. "Ich war am Ende positiv überrascht."

Die Parteienlandschaft ist in Bewegung. Es gilt sowohl politische Neugründungen an den Rändern, als auch Spaßparteien zu verhindern. Die FREIEN WÄHLER wollen u.a. mit ihrer Unabhängigkeit punkten. Sie setzen sich für ein Verbot von Großspenden der Konzerne an die Politik ein. Die FREIEN WÄHLER sind die liberale Partei des kleinen Mannes und des Mittelstandes.

Die FREIEN WÄHLER sind bundesweit traditionell stark in den Kommunen und wollen von der Basis aus die Parlamente erobern.



Vernunft in die Rathäuser!



Kommunen wollen bei Schuldenbremse „privilegiert“ beteiligt werden

Die Städte und Gemeinden wollen an den Verhandlungen der Landtagsfraktionen zur Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung „in privilegierter Weise“ beteiligt werden. Die neue Verfassungslage mache es notwendig, dass Land und Kommunen die Finanzfragen künftig frühzeitig, regelmäßig und auf Augenhöhe miteinander abstimmen, sagte Städtetagspräsident Frank Klingebiel.

Nach Meinung des Städtetages sowie des Städte- und Gemeindebundes haben die Kommunen eine verfassungsrechtliche Stellung, die nicht mit den von anderen Verbänden vertretenen Partikularinteressen vergleichbar sei. Der Präsident des Städte- und Gemeindebundes, Rainer Timmermann, würdigte zwar, dass in dem Gesetzentwurf der Regierungsfractionen zur Verankerung der Schulden-

bremse in der Landesverfassung nominell die Regelungen über die kommunale Finanzausstattung unberührt bleiben.

Dennoch forderten die Städte, Gemeinden und Samtgemeinden eine Regelung, die das finanzielle Existenzminimum der Kommunen garantiere. Die Einführung des Verschuldungsverbots müsse auch eine Ausweitung der verfassungsrechtlichen Schutzbestimmungen für die Kommunen enthalten. In einer gemeinsamen Erklärung verlangen die beiden kommunalen Spitzenverbände u.a. „eine Art Niedersächsischen Stabilitätsrat“, der auch gesetzlich abgesichert wird.

Die Spitzenverbände äußerten ihre Sorge, dass es dem Land durch die Schuldenbremse künftig noch schwerer fallen werde, die notwendigen Sparvorgaben einzuhalten und sich dann „zwangsläufig begehrlische Blicke der Landespolitik auf die den Kommunen gewährten Finanzmittel richten könnten“.

Lexikon der Kommunal Finanzen von A - Z

Das Online-Lexikon der **Kommunal Finanzen von A - Z** des Bundes der Steuerzahler erläutert die wichtigsten Begriffe des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (NKR) der niedersächsischen Kommunen praxisnah und verständlich.

Es erfasst aber ebenso andere zentrale Begriffe der kommunalen Finanzwirtschaft. Damit ist das Online-Lexikon ein unverzichtbarer Helfer und Ratgeber für alle, die sich mit den Finanzen ihrer Stadt, Gemeinde oder ihres Landkreises befassen (müssen), sei es als – neugewählter - Kommunalpolitiker, Journalist oder interessierter Bürger. Das Lexikon kann aufgerufen werden unter:

<http://www.steuerzahler-niedersachsen-bremen.de/files/10574/>

[Kommunal Finanzen von A bis Z.pdf](#)

Das neue Taschenbuch für Ratsmitglieder ist da

Die vom Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund (NSGB) herausgegebene Broschüre wird alle fünf Jahre aktualisiert und soll den Abgeordneten in den Räten der niedersächsischen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden als informative Arbeitshilfe für ihre Mandatstätigkeit dienen.

Das Taschenbuch gibt einen Überblick über die Aufgaben der Gemeinden, die kommunalen Einnahmen und Ausgaben sowie die Bauleitplanung und die Baulandentwicklung. Zudem informiert es über die Gemeindeverfassung.

Dem Adressatenkreis entsprechend geht das Heft schwerpunktmäßig auf die Rechtsstellung der Ratsfrauen und Ratsherren ein und informiert in diesem Zusammenhang u. a. über die Rechte und Pflichten, die Entschädigung für Ratsarbeit und die steuerliche Behandlung von Aufwandsentschädigungen sowie den Versicherungsschutz. Unter der Rubrik "aktuelle Herausforderungen an die Kommunalpolitik" werden Denkanstöße zu wichtigen

Themenfeldern gegeben wie etwa kommunale Handlungsmöglichkeiten bei Windenergieausbau und Repowering, kommunaler Klimaschutz und Bewältigung des demographischen Wandels.

Erstmals enthält die Broschüre eine umfangreiche Darstellung der Grundzüge des Kommunalverfassungsrechts unter Berücksichtigung des neuen Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) mit Schaubildern und Erläuterungen. In diesem Zusammenhang werden einige für die Ratsarbeit bedeutsame Bestimmungen des NKomVG abgedruckt.

Das Taschenbuch ist als Heft 68 im Rahmen der Schriftenreihe des NSGB erschienen. Es kann zum Einzelpreis von 13,90 € zzgl. Versand (Staffelpreise sind möglich) bestellt werden. Manche Gemeinden beschaffen das Buch komplett für alle Ratsmitglieder – einfach mal die Verwaltung fragen (Bestellmöglichkeiten unter www.nsgb.info)

Erneuerbare Energie in der Region: Landrat plant kommunalen Klimagipfel

Den Energiebedarf der Region zu 100 Prozent mit erneuerbaren Energien decken – das ist das erklärte Ziel des Landkreises Lüneburg. Wie eine zukunftsfähige Energieversorgung für Hansestadt und Landkreis Lüneburg allein aus regenerativen Quellen aussehen könnte, prüft die Leuphana Universität derzeit in einer Leitstudie. Auch die Kommunen werden dabei eingebunden.

„Das Ziel 100-Prozent-Erneuerbare-Energien-Region können wir nur erreichen, wenn alle in der Region mitziehen“, sagt Landrat Manfred Nahrstedt, „deshalb werde ich alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nach der Wahl zu einem kommunalen Klimagipfel einladen.“ Am runden Tisch sollen die Hauptverwaltungsbeamten mehr über Ziele, Strategien und Handlungsschritte auf dem Weg zur klimaneutralen Region erfahren. Zudem stehen Informationen über Unterstützungs- und Förderungsmöglichkeiten auf dem Programm.

Der kommunale Klimagipfel soll auch Raum für den Erfahrungsaustausch der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bieten: „In unserer Region gibt es eine Vielzahl guter Ideen und Konzepte, wie Klimaschutz vorangetrieben und Energie eingespart werden kann“, sagt Landrat Manfred Nahrstedt, „dieses Wissen sollten wir miteinander teilen und nutzen.“

Denkbar sei beispielsweise ein regionales Energiewerk für regenerative Energien, wie es bereits in der Hansestadt Lüneburg diskutiert wird.

(PM Stadt Lüneburg, 29.08.2011)

Gläserne Stadt / Regierung 2.0

Berlin startet Open-Data-Portal

Berlin macht in einem Pilot-Projekt einen Teil seiner Datensätze online für jedermann zugänglich. Der Gedanke dahinter: Die Verfügbarkeit von Datenbeständen der öffentlichen Hand stärkt das Vertrauen zwischen Politik und Zivilgesellschaft, zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Medien.

Berlin ermöglicht im Pilot-Betrieb den einfachen Zugang zu Datenbeständen der öffentlichen Hand. Das Berliner Open-Data-Portal ging Mitte September online und bietet Daten zu den Bereichen Umwelt, Verkehr, Stadtplanung, Bildung, Wahlen, Immigration und Demografie, Handel und (kommunale) Dienstleistungen. Auch Geodaten sind abrufbar.

Das Open-Data-Portal orientiert sich unter anderem an der "Berlin Open Data Agenda", die von der Aktionsplattform "Open Data Berlin" entwickelt wurde, der Vertreter aus Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft angehören. Darin heißt es: "Informationen sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts." Der offene und strukturierte Zugang zu freiverfügbaren Datenbeständen der öffentlichen Hand sei ein wichtiger Beitrag für die Weiterentwicklung der Wissensgesellschaft. "Er stärkt das Vertrauen zwischen Politik und Zivilgesellschaft, zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Medien." Staatliches Handeln werde so transparent, nachvollziehbar und überprüfbar.

Entwickelt wurde das Open-Data-Portal vom Berliner Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme (FOKUS). Die Pilotphase läuft bis zum Jahresende. "Das Berliner Datenportal ermöglicht nicht nur mehr Transparenz und Partizipation und somit eine Öffnung von Staat und Verwaltung über Vorgänge in der Stadt", erklärte **Ina Schieferdecker**, die das Projekt auf Seiten des Fraunhofer-Institut leitet. "Es liefert außerdem Impulse für neue Anwendungen, Prozesse und Systeme, um die Zusammenarbeit der Privatwirtschaft mit den Verwaltungen über alle Ebenen hinweg zu fördern."

Der scheidende Berliner Wirtschaftssenator **Harald Wolf** (Linke) erklärte: "Dies ist ein Angebot zum Dialog und es bietet eine neue Qualität für die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger der Stadt." Außerdem ermögliche das Portal neue kommerzielle Dienste in Form von mobilen Applikationen auf der Basis staatlicher Daten.

Auch auf europäischer Ebene steht das eGovernment auf der Agenda. Die EU-Kommission hat Ende 2010 einen "Europäischen eGovernment-Aktionsplan 2011–2015" vorgestellt.

(Aktuell, 22.09.2011)

Energiewende finanzieren: KfW bessert Budget auf

Die KfW Bankengruppe wird für die Energiewende in den nächsten fünf Jahren über 100 Milliarden Euro für Investitionen im Energiebereich in Deutschland zur Verfügung stellen. Dabei geht sie davon aus, dass der angestrebte Umbau der deutschen Energieversorgung insgesamt einen zusätzlichen Investitionsbedarf von etwa 250 Milliarden bis 2020 hervorrufen wird. "Wir tragen mit der geplanten Verbesserung des Förderangebots für unser gesamtes Kundenspektrum dem immensen Investitionsbedarf zur Erreichung der Energiewende Rechnung. Bereits heute sind wir einer der größten Finanziere im Energiesektor weltweit", sagte Dr. Ulrich Schröder, Vorsitzender des Vorstands der KfW Bankengruppe. Die KfW konnte im Jahr 2010 im In- und Ausland für Energievorhaben ein Zusagevolumen von rd. 23 Mrd. EUR ausweisen. Gemessen an der installierten Kraftwerksleistung hat sie im selben Zeitraum rund 80% aller neu in Deutschland gebauten Windkraftanlagen gefördert; der Anteil der von der KfW geförderten Photovoltaikanlagen lag bei 40%.

"Durch unsere Instrumente "zinsgünstige Darlehen", "lange Laufzeiten" und "Risikoübernahmen" schaffen wir die nötigen Anreize für weitere Investitionen im Energiesektor", sagte Dr. Schröder. Ab 1. Januar 2012 wird der Kredithöchstbetrag im KfW-Programm Erneuerbare Energien – Standard auf 25 Mio. EUR erheblich erhöht werden (bisher: 10 Mio. EUR). Eines der Ziele der Programmänderung ist es, größere Vorhaben im Bereich Windkraft Onshore stärker zu fördern. Das Förderangebot zur Verbesserung der betrieblichen Energieeffizienz soll ab 1. Januar 2012 in einem zentralen Programm (KfW-Energieeffizienzprogramm) gebündelt werden. Auch in diesem Programm soll der Darlehenshöchstbetrag deutlich angehoben werden (bisher 10 Mio. EUR). Bereits am 1. Oktober 2011 wird der Förderhöchstbetrag in den Programmen für kommunale Unternehmen und gemeinnützige Einrichtungen "Kommunal Investieren" und "Sozial Investieren" von 25 auf 50

Mio. EUR verdoppelt. Ziel ist es, damit insbesondere die Förderbedingungen für größere Vorhaben im Bereich Energieeffizienz zu verbessern.

Darüber hinaus wird im ersten Quartal 2012 in den Programmen "Investitionskredit Kommunen" (Zielgruppe Kommunen) und "Kommunal Investieren" (Zielgruppe kommunale Unternehmen) ein aus KfW-Mitteln besonders zinsvergünstigte Programmvariante "Energieeffiziente kommunale Versorgung" eingerichtet. Ziel ist es, mit diesem Angebot insbesondere den Ausbau von Stromnetzen, Speicherkapazitäten und dezentralen hocheffizienten fossilen Kraftwerken (z.B. Gaskraftwerke) voranzutreiben. Geplant ist zudem, ein neues aus Bundesmitteln verbilligtes Programm "Energetische Stadtsanierung" zu schaffen. In dem Programm wird das bisherige Förderangebot für Kommunen, kommunale Unternehmen und soziale Organisationen zur energetischen Gebäudesanierung und energieeffizienten Stadtbeleuchtung gebündelt und die bisher nicht angebotene Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden kommunaler Unternehmen ermöglicht.

Betreffend die Haushaltsmittel des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms ist für das Jahr 2012 eine Aufstockung auf 1,5 Mrd. EUR (2011: 936 Mio. EUR) vorgesehen. Dieselbe Summe ist jährlich bis 2014 eingeplant und schafft Planungssicherheit für Immobilieneigentümer bei der energetischen Sanierung. Diese verlässlichen und ausreichenden Spielräume ermöglichen es der KfW bereits jetzt, die Zinssätze deutlich zu verbessern und abzusenken, z. B. in im Programm "Energieeffizient Sanieren" auf 1 % p. a. in Verbindung mit Tilgungszuschüssen von bis zu 12,5 %. Im Bereich "Energieeffizient Bauen und Sanieren" hat die KfW im Jahr 2010 Investitionen in die Energieeffizienz von Wohngebäuden in Höhe von rund 21 Mrd. EUR angestoßen.

"Das ist der Kern des Mandats"

Professor Raimund Wimmer macht sich für das „Politiker-Befragungsportal“ Abgeordnetenwatch stark. Wimmer, der bis zu seinem Ruhestand Partner der Bonner Sozietät Busse und Miessen war und öffentliches Recht an der Humboldt-Uni Berlin unterrichtete, hält das umstrittene neue Kommunalpolitikportal bei Abgeordnetenwatch keineswegs für überflüssig: „Bisherige Mitwirkungschanzen und Kommunikationswege zum Rat seien vielen jungen Menschen fremd. Manche läsen keine Lokalzeitung, gingen nicht in Bürgerversammlungen oder Ratssitzungen, seien aber im Internet unterwegs, sagte Wimmer.

"Abgeordnetenwatch macht Bürgeranliegen sowie Motivation und Verhalten einzelner Stadtverordneter nachvollziehbar, auch kontrollierbar. Es gibt

Bürgern die Chance, die Meinung der Mandatsträger zu beeinflussen." Ein Vorteil des Portals sei, dass Fragen und Antworten öffentlich im Netz stehen. "Es muss niemand antworten. Es gibt Mandatsträger, die sich verweigern. Sie werden dann von den Bürgern nach den Gründen gefragt. Der damit verbundene Arbeitsaufwand gehöre zum Kern des Ratsmandates, so Wimmer. Die Zahl der Fragen an "normale" Abgeordnete sei nach bisherigen Erfahrungen aus Länderparlamenten und verschiedenen Kommunen noch gering. Mehr Anfragen gebe es an Fraktionschefs, Ausschussvorsitzende und Fach-Sprecher.

Das Kommunalpolitikerportal mit der Möglichkeit des interaktiven Austausches zwischen Bürgern und Kommunalpolitikern wurde erst vor wenigen Wochen und zunächst nur für einige Städte und Gemeinden gestartet. Zuvor beschränkte sich Abgeordnetenwatch auf die Befragungsmöglichkeit von Landes- und Bundespolitikern.

(Generalanzeiger, 13.08.2011)

Land will Mittel für Dorferneuerung und Flurbereinigung kürzen

Die Niedersächsische Akademie Ländlicher Raum (ALR) hat deutlich Stellung gegen die Kürzung staatlicher Fördergelder für die Dorferneuerung und Flurbereinigung bezogen. Die ALR fordert vom Land den Erhalt des bisherigen Mittelansatzes als Mindestausstattung für eine qualifizierte Fortführung der entsprechenden Programme.

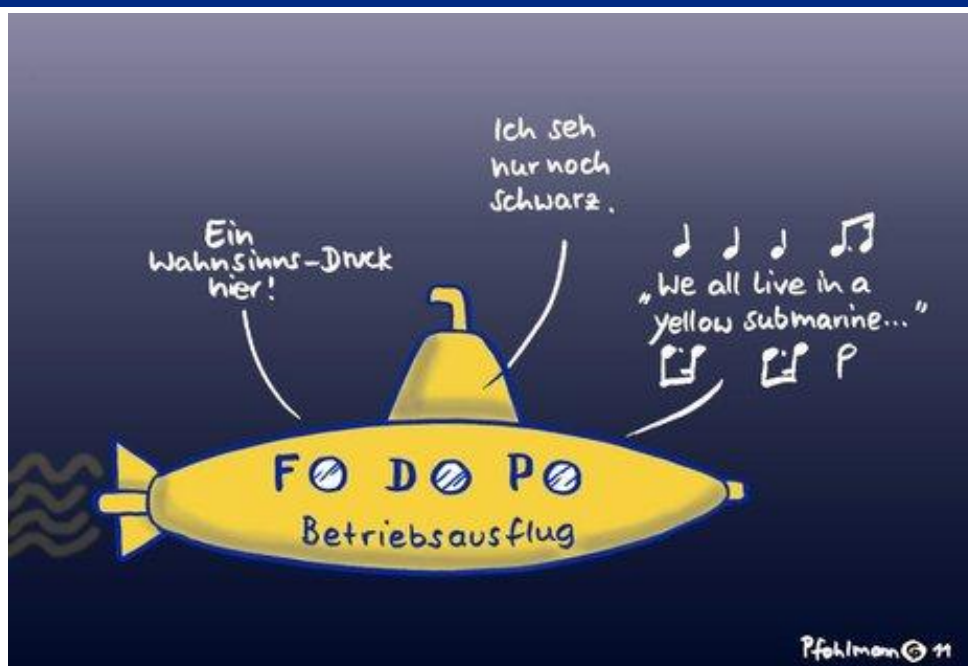
Auch nach der Kürzung der GAK-Mittel durch den Bund fordert die ALR vom Land, die im Haushalt 2011 eingeplanten Kofinanzierungsmittel in der veranschlagten Höhe zur Verfügung zu stellen. Etwa geplante Umwidmungen von freigewordenen Kofinanzierungsmitteln werden abgelehnt. Die ALR bedauert, dass bereits in diesem Jahr eine deutlich verringerte Zahl von neu eingeleiteten Flurbereinigungs- und Dorferneuerungsverfahren zu verzeichnen sei. Auch bei bereits laufenden Maßnahmen sei die Förderung zum Stillstand gekommen.

Es wird befürchtet, dass sich diese Entwicklung angesichts der geplanten Kürzungen fortsetzt. Betroffen seien insbesondere Privatinvestitionen, weil die kommunalen Eigenmittel stets kofinanzierungsfähig seien. Man habe das Land stets als verlässlichen Partner bei der Entwicklung der ländlichen Räume betrachtet, heißt es weiter. Staatliche Förderung sei kein Selbstzweck, sondern bilde den institutionellen Rahmen für eine aktive Zukunftsgestaltung in den ländlichen Räumen.

Kommunen und Kirchen fördern Hauskauf

Der Weg ins Eigenheim ist für viele Familien ein finanzieller Kraftakt. Damit die eigenen vier Wände kein Wunschtraum bleiben, unterstützen Gemeinden und kirchliche Organisationen die Bildung von Wohneigentum. In ländlichen Gegenden werden junge Familien zunehmend rar, denn Großstädte ziehen mit Universitäten, interessanten Jobs und attraktivem Kulturangebot immer mehr Menschen in ihren Bann. Um Abwanderung und demographischem Wandel zu trotzen, schnüren viele Kommunen und Gemeinden Förderpakete für junge Familien. Mit einem breiten Angebot an Kindereinrichtungen, Schulen und vergünstigten Grundstücken möchten sie bauwillige Familien halten oder neu ansiedeln. Manche Kommune vergibt bis zu 50.000 Euro an Fördergeldern. Unterstützung erhalten

die Gemeinden von den Kirchen. Die christlichen Glaubensgemeinschaften fördern die Vermögensbildung auf zweierlei Weise: Sie vergeben Grundstücke im Erbbaurecht und gewähren zinsgünstige Baudarlehen bzw. Baukostenzuschüsse. Weit verbreitet ist die Vergabe von Erbbaurechten. Viele Kirchengemeinden und Stiftungen verfügen über Grundbesitz, der nicht verkauft werden darf. Hier bietet das Erbbaurecht eine Möglichkeit, die Grundstücke kostengünstig Bauwilligen zur Verfügung zu stellen. Eine Art „Eigenheimzulage“ gewähren die kirchlichen Siedlungswerke. Die Förderung entstand bereits zur Zeit der Wohnungsnot in Deutschland nach 1945. Die Siedlungswerke von sieben katholischen Diözesen (Köln, Paderborn, Münster, Essen, Hildesheim, Dresden-Meißen und Rottenburg-Stuttgart) vergeben Darlehen oder Zuschüsse an bauwillige Familien. So zahlt die Erzdiözese Paderborn Familien mit Kindern zinslose Darlehen von bis zu 17.500 Euro.



Nach Kritik von Datenschützern: Kommunen entfernen Facebook- Seiten

Nach der massiven Kritik von Datenschützern haben erste Kommunen in Niedersachsen Teile ihrer Präsenz auf dem Sozialen Netzwerk gelöscht. Datenschützer hatten Webseiten-Betreiber vor Kurzem aufgefordert, den "Like"-Button und Fanpages zu entfernen. Zu den ersten Kommunen, die die Notbremse ziehen, gehört der Landkreis Friesland. Bis die Situation geklärt sei, wolle man seine Präsenz auf Facebook aufgeben. Noch ist die Fanpage des Landkreises auf dem Sozialen Netzwerk aber zu erreichen. Als Behörde sehe sich der Landkreis "in der Pflicht, den Datenschutz zu gewährleisten", wird der Sprecher des Landkreises in einem Bericht der Bremer Regionalzeitung Weserkurier zitiert. Der Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg habe auch viele Anfragen zum "Like"-Button ("Gefällt mir") bestätigt, heißt es dort. "Die Bereitschaft, das runterzunehmen, ist da", wird der Datenschutzexperte des Zweckverbandes, Torsten Köller, zitiert.

Schleswig-Holsteins oberster Datenschützer Thilo Weichert machte mit der Forderung Schlagzeilen, Webseitenbetreiber sollten ihre Facebook-Fanpages und den "Like"-Button entfernen. Über diese Seiten und den Button würden Nutzerinformationen in die USA weitergegeben, was gegen Datenschutzbestimmungen verstoße. Weichert setzte Betreibern eine Frist bis Ende September. Dies gilt allerdings zunächst nur für Betreiber im nördlichsten Bundesland. Der Bundesdatenschutzbeauftragte prüft derzeit, ob die Forderung auch bundesweit durchsetzbar ist. Den "Like"-Button hatte vor Kurzem schon die Stadt Bremen von ihrem Internetauftritt entfernt. Fanpages sind Seiten in dem Sozialen Netzwerk, auf denen sich Unternehmen, Behörden oder auch Künstler präsentieren. Mit dem "Like"-Button können Nutzer ihr Gefallen für eine Seite, eine Meldung oder auch ein Foto ausdrücken. Diese Information wird dann automatisch auch mit anderen Freunden und Bekannten auf Facebook geteilt. Den "Like"-Button kann jeder Webseiten-Betreiber einbauen.

(Netzwelt, 24.08.2011)



Gegen Filz und Korruption!



Neue Plattform soll Behördenanfragen erleichtern

Seit anderthalb Monaten gibt es das unabhängige Internetportal www.fragdenstaat.de.

Dort können Menschen Anfragen an Ministerien und Behörden versenden und veröffentlichen. Ein Test beweist, dass es funktioniert. Die Flugbereitschaftsstaffel der Bundeswehr will vier neue Flugzeuge kaufen und muss sie auch gleich umrüsten. Was das kostet, will Tobias Rückerl aus Breitenberg wissen. Die Antwort kommt fristgerecht – per E-Mail mit gescanntem offiziellem Antwortschreiben im Anhang. Demnach hat das Verteidigungsministerium jeweils 400 Millionen Euro für die neuen Flieger und deren Umrüstung veranschlagt. Tobias Rückerl musste weder einen Brief losschicken, noch einen Anwalt um Hilfe bitten, noch ins Ministerium gehen. Seine Anfrage hat er über das Internetportal fragdenstaat.de gestellt. Betreiber der Seite ist die Initiative Open Knowledge Foundation.

Sie bietet ein Internetformular, in das die Nutzer nur ihre jeweilige Anfrage eintragen müssen und das dann über die Plattform verschickt wird. Bei Bedarf ermittelt die Plattform auch das für die jeweilige Frage zuständige Bundesministerium oder die Bundesbehörde. Antworten gehen an fragdenstaat.de und werden zusammen mit der Anfrage veröffentlicht. Mit der Internetplattform will die Organisation Bürger ermuntern, interessante und potenziell brisante interne Dokumente aus Bundesministerien und -behörden einzusehen und das Wissen zu teilen – ganz legal, und nicht nach Wikileaks-Manier.

Das Bundes-Informationsfreiheitsgesetz von 2006 macht's möglich.

Weitere Chancen auf Akteneinsicht ergeben sich auch aus dem Umwelt- und dem Verbraucherinformationsgesetz. Für die Ministerien und Behörden der Bundesländer gelten diese Regelungen nicht. Elf Länder haben inzwischen aber ebenfalls Informationsfreiheitsgesetze. Nicht nur neugierige und kritische Bürger profitieren von der Seite. Sie bietet auch Journalisten einen einfachen Zugang zu Informationen. So hat etwa die Badische Zeitung beim Johann Heinrich von Thünen-Institut (VTI) in Braunschweig eine Testanfrage gestartet. Das VTI forscht als selbständige Bundesoberbehörde mit fast 600 Mitarbeitern fachübergreifend, um Land-, Forst- und Holzwirtschaft sowie die Fischerei nachhaltig zu entwickeln. Die BZ wollte wissen, wie hoch das Jahresbudget der Behörde im laufenden Jahr ist und welches Gehalt der Präsident des VTI, Folkhard Isermeyer, im vergangenen Jahr bezogen hat. Die Antwort kommt fristgerecht: "Ihre Fragen werden wie folgt beantwortet: Jahresetat des VTI im Jahr 2011: 82 927 000 Euro, Gehalt des Präsidenten des VTI im Jahr 2010: 90 642,84 Euro."

Vielen Bürgern seien die Möglichkeiten und Chancen der Bundesgesetze, nach denen Akteneinsicht beantragt werden kann, nicht bekannt, teilten die Betreiber zum Projektstart vor anderthalb Monaten mit. Die Internetseite solle dazu beitragen, die Hürden für Anfragen zu senken. Zudem könne durch die zentrale Veröffentlichung eine größere Öffentlichkeit von den Anträgen profitieren, darüber hinaus würden Mehrfachanträge zu einem Thema vermieden. Unterstützung erhält die Initiative der Open Knowledge Foundation von elf namhaften Organisationen und Vereinen. Darunter befinden sich Transparency International, die Initiative Mehr Demokratie, der Deutsche Journalisten-Verband und die Journalistenorganisation Netzwerk Recherche.